



KLARE LINIE DER PARTEI ZUR GENTECHNIK!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos in der Region Hannover möge beschließen:

- 1. Wir fordern die SPD in Bund, Ländern und Kommunen dazu auf, den Einsatz der grünen und roten Gentechnik in der Bundesrepublik gemeinsam zu diskutieren und eine schriftlich dargelegte und einheitliche Stellungnahme zu diesem Thema zu erstellen, die dann bindende Beschlusslage der Partei wird.**
- 2. In die Betrachtungen mit einbezogen werden muss vor allem das Protokoll von Cartagena über die biologische Sicherheit, welches völkerrechtlich bindend den grenzüberschreitenden Transport, die Handhabung und den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen regelt und auch von deutscher Seite aus ratifiziert wurde.**
- 3. Die Partei muss auch besonderes Augenmerk auf die Erfahrungen mit Gentechnik in Entwicklungsländern legen, sowie Chancen und Risiken für die Bevölkerung abwägen. Dabei sind unabhängige, wissenschaftliche Untersuchungen zu Rate zu ziehen, die die Langzeitfolgen auf Ökosystem und Gesellschaft behandeln und patentrechtliche Aspekte mit einbeziehen.**

Begründung:

Obwohl das Thema Gentechnik bereits seit vielen Jahren Einzug in die Politik genommen hat und hochbrisant ist, gibt es in der SPD bislang keine einheitliche Linie zum Umgang damit. Zu lange wurde das Thema den Grünen überlassen und durch die SPD nicht besetzt. Das muss sich ändern.

Dazu ist es wichtig, dass die Partei zunächst Aufklärungsarbeit über das Thema und die Problematik leistet, sodass sowohl die Mitglieder der Partei, als auch die allgemeine Bevölkerung über Gentechnik informiert werden.

Nur unabhängige wissenschaftliche Untersuchungen, die vor allem auch langfristige Wirkungen berücksichtigen, geben objektiven Aufschluss über den tatsächlichen Nutzen und die Risiken dieser. Unter den Wirkungen der Gentechnik ist zum einen die Auswirkung auf das Ökosystem, zum anderen die Auswirkung auf die Gesellschaft zu verstehen.

Das Protokoll von Cartagena muss dabei eine entscheidende Diskussionsgrundlage darstellen, da die Bundesrepublik eine der über 150 Unterzeichnerinnen ist und auf Basis dessen unter Rot-Grün ein Moratorium gegen die unwissentliche Einfuhr gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere beschlossen hat.